

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 4

Artikel: Die mobiler gewordene Wählerschaft : Kennzeichen, Ursachen und Konsequenzen der aktuellen politischen Mobilität
Autor: Longchamp, Claude
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die mobiler gewordene Wählerschaft

Kennzeichen, Ursachen und Konsequenzen der aktuellen politischen Mobilität

Ohne Zweifel, Mobilität ist ein Kennzeichen der Gegenwart. Sie drückt sich nicht nur in einer wachsenden räumlichen Ungebundenheit aus oder in den Chancen des sozialen Auf- bzw. Gefahren des gesellschaftlichen Abstiegs. Sie prägt zusehends auch das politische Verhalten. Für den/die

Claude Longchamp

Einzelne(n) heisst dies, in verstärktem Masse selber zwischen mehreren Möglichkeiten entscheiden zu können. Die dadurch zunehmende Unberechenbarkeit der politikrelevanten Aktionen wird vom politischen System als Mischung aus Unsicherheit und Chaos wahrgenommen, was ein zukunftsgerichtetes Regieren nicht erleichtert.

Kennzeichen der mobiler gewordenen Wählerschaft

Typisch für die politische Mobilität in der Schweiz sind Änderungen in der Beteiligung am politischen Geschehen selber. Insbesondere die Teilnahme an Abstimmungen ist heute weder dauerhaft hoch, wie es das Ideal der direkten Demokratie will, noch konstant rückläufig, wie es die Erst-August-Redner beklagen. Sie ist vielmehr selektiv und von den Themen abhängig, ihrer Bedeutung und der Art und

Intensität, in welcher die Auseinandersetzung geführt wird. Nur drei von zehn BürgerInnen nehmen regelmässig an nationalen Volksabstimmungen teil; mehr, nämlich fünf von zehn, entscheiden sich heute von Mal zu Mal und beeinflussen durch ihre Teilnahme oder Abwesenheit die Zusammensetzung des entscheidenden Elektorates einer Volksabstimmung.

Politische Mobilität zeigt sich auch in der Stimmabgabe, die zunehmend unabhängig von Partei- oder Verbandsparen resp. Empfehlungen der Behörden erfolgt, oder bei Wahlen, wenn, wie gegenwärtig, die Änderung vorgegebener Parteilisten in Richtung eigener Vorlieben sprunghaft zunimmt. Schliesslich werden Aspekte der politischen Mobilität sichtbar im Unterliegen bestandener Exekutivmitglieder gegen QuereinsteigerInnen, im Erfolg neu entstandener Protestparteien gegen traditionsreiche (Regierungs)Parteien und in der Oppositionslust bei Volksabstimmungen, wo die Unterstützung der Behördenposition abnimmt.

Die politische Mobilität der schweizerischen Wählerschaft drückt sich zudem in einer schon länger anhaltenden Erosion der Bindungen an Parteien aus. Die vier Regierungsparteien repräsentieren zusammen nicht mehr gut 80 Prozent der Wählenden wie zu Beginn der Konkordanz, sondern noch knapp 70 Prozent. Damit einher geht eine rückläufige

Identifizierung der Stimm- und Wahlberechtigten mit einer der vier Parteien FDP, SPS, CVP oder SVP. Zeigte in den 70er Jahren noch die Hälfte eine wenigstens gefühlsmässige Nähe, so sind es heute noch ein gutes Drittel. Schwindend sind zudem seit einigen Jahren das Vertrauen in die Fähigkeit der Parteien, Orientierungen anzubieten, der Glaube an die Übermittlung von Wünschen der Wählerschaft in die Behörden und die Zuschreibung von Kompetenz, wenn es um die Lösung zentraler Probleme geht.

Der Wertewandel hat nicht zu einem klar ersichtlichen Ansteigen der veränderungswilligen Kräfte geführt, sondern das linke Lager personell erneuert. Tendenziell überlagert worden ist dabei die historische Teilung in eine sozialdemokratisch-reformistische bzw. kommunistisch-revolutionäre Richtung durch die Ausbildung neulinker, autonomer, ökologischer, feministischer Strömungen und Parteien. Wo indessen die grösste Dynamik herrscht, zeigten die Nationalratswahlen 1991, bei denen die regional-populistische Lega dei Ticinesi aus dem Nichts einen Fünftel der Stimmen im Kanton Tessin erreichte. Überhaupt konzentriert sich die mobile Wählerschaft gegenwärtig weitgehend auf den rechten Rand der Regierungsparteien. Von diesen konnte sich in den letzten sechs Jahren nur die SVP wählerInnenmässig konstant steigern. Ausserhalb des Regierungslagers stärker geworden sind die Autopartei und die Liberalen.

Auf Veränderungen in der instabiler gewordenen Parteienlandschaft reagieren die Parteien in der Regel erst, wenn die Absatzbewegungen einseitig ausfallen und auf die Verteilung wichtiger politischer Mandate einen Einfluss haben. Zuerst aufgeschreckt wurde die SVP, als gegen Ende der 70er Jahre erstmals über ihre Bundesratswürdigkeit spekuliert wurde und damit ein Öffnungskurs hin zu neuen Wählerschichten über die bäuerlich-gewerblichen Kreise hinaus einsetzte. Die SPS bekam ähnliches zu spüren, als sie

1987 ihr historisches Tief bei den Nationalratswahlen erreichte, und gegenwärtig sieht sich die CVP bedrängt, weil sie bei den kantonalen Parlamentswahlen seit 1991 fast regelmässig die grosse Verliererin war.

Ursachen für die wachsende politische Mobilität

Bei der Suche nach Ursachen für die gestiegene politische Mobilität gilt es, zwei Ansätze zu unterscheiden: die hausgemachten Gründe, die mit der Konkordanzdemokratie zusammenhängen, und allgemeine Ursachen, die von Neuentwicklungen unter den WählerInnen fortgeschrittener Industriegesellschaften ausgehen.

Es gibt mehrere soziologische Gründe für die in der Schweiz ausgeprägte Konkordanzkultur. Bis in die heutige Zeit wichtig geblieben ist sodann die sprachliche Fragmentierung der Schweiz, weil die nicht deutschsprachigen Landesteile in der (Mehrheits)Demokratie rasch unter die Räder kämen und damit zum alles überlagernden Problem aufsteigen würden, hätten sich nicht institutionelle Regelungen im Umgang mit Minderheiten entwickelt. Verwiesen sei auch auf die soziale Frage, die im Generalstreik vor 75 Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Als indirekte Folge etablierte sich jenes System des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit bzw. zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, das in der Sozialpartnerschaft für die Regelung der Arbeitsbeziehungen und in der Zauberformel resp. des „freiwilligen Proporz“ in den meisten Kantonen zur Verteilung der politischen Macht seinen Ausdruck fand. Die Angst vor heftigen Konflikten im Kleinstaat ist es demnach, welche die gesellschaftliche Basis der Konkordanzpolitik entstehen liess. Institutionelle Gründe, etwa die potentiell destruktive Wirkung des Gesetzesreferendums oder der hohe Integrationsbedarf in einen stark

Der Wertewandel hat nicht zu einem klar ersichtlichen Ansteigen der veränderungswilligen Kräfte geführt

**Wahlen werden
zum Ritual, bei
welchem die
Macht nur selten
neu verteilt wird**

föderalistischen Staat, bzw. die nationale Bedrohung durch Faschismus und Kommunismus haben zur schweizerischen Prägung der Konkordanzdemokratie geführt.

Konkordante Politik funktioniert vor allem unter der Bedingung einer Verteilungsgerechtigkeit. Ökonomisch gesehen hängt dies von genügend vorhandenen Mitteln des Staates ab, welche eine Befriedigung materieller Forderungen über eine spezifische Klientel hinaus erlaubt; ansonsten erweist sich der Wechsel der regierenden Mehrheit zur Bestimmung von Prioritäten bei den Staatsausgaben überlegen. Politisch betrachtet realisiert sich die Verteilungsgerechtigkeit vor allem durch die proportionale Verteilung von einflussreichen Posten in Parlament, Regierung und Gerichten, aber auch in der Verwaltung, den Medien und im Bildungswesen auf die relevanten gesellschaftlichen Gruppen.

Für den Rückgang der stabilisierenden Wirkung, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Parteien in der Konkordanz hat, ist der teilweise Zerfall der politisch-gesellschaftlichen Milieus entscheidend. So ist die stimmberechtigte schweizerische Arbeiterschaft durch die Verlagerung der Wirtschaft in den Dienstleistungsbereich stark rückläufig. Wo noch ArbeiterInnen im eigentlichen Sinne tätig sind, handelt es sich mehrheitlich um AusländerInnen, denen keine politischen Rechte zustehen. Die Bauernschaft ihrerseits ist zahlenmässig praktisch unbedeutend geworden und hat nur noch einen Einfluss, weil sich die bäuerliche Mentalität auf dem Land erhält, auch wenn sich die wirtschaftliche Grundlage geändert hat.

Auf der bürgerlichen Seite massgeblicher sind Phänomene der Entkoppelung. Das Faktum katholisch zu sein, reicht alleine nicht mehr, um zur CVP zu stossen oder sie zu wählen. Vor allem in den urbanen Zentren des schweizerischen Mittellandes greifen die geschlossenen Lebenswelten

mit der Versorgung der Menschen von der Wiege bis zur Bahre immer weniger, sodass der Rückgang der CVP-Wählerschaft hier am stärksten ist. Bei der FDP macht sich seinerseits eine Abkoppelung der Wirtschaftsführer und des Managements bemerkbar, die es heute weitgehend vorziehen, als Funktionseliten beruflich erfolgreich zu sein und politische Aufgaben eher meiden.

Die wichtigste Neubildung einer soziologischen Grossgruppe zeichnet sich heute bei den Frauen ab. Verspätet zum politischen Leben zugelassen, haben sie sich innert kurzer Zeit zu einem in Abstimmungsfragen gelegentlich relevanten Faktor entwickelt. Zurückgeblieben ist dagegen vorerst der Einfluss in den Behörden, weil hier die Untervertretung von Frauen eklatant bleibt. Wenn sich auch bei den Aktiven Tendenzen in Richtung rot-grüne Parteien ergeben, sind doch die Frauen als Ganzes in der Schweiz bisher nicht zu einer spezifischen Basis für eine Partei geworden.

Ein Hauptgrund für die Differenzierung zwischen Parteien und sozialen Schichten liegt in den Auswirkungen der anhaltenden Konkordanzpolitik. Mit ihr tendieren die Parteien zur Mitte, streifen eigene Ecken und Kanten ab resp. verzichten weitgehend auf den Kampf gegen die politische Gegnerschaft. Wahlen werden zum Ritual, bei welchem die Macht nur selten neu verteilt wird. Damit leidet aber auch die Neueinbindung von WählerInnen, sodass die Mobilisierungsfähigkeit der Parteien vor allem bei der jüngeren Generation nachlässt. Die durch die Konkordanz geprägten Parteien sind gealtert und zeichnen sich vor allem im bürgerlichen Lager durch eine stark überalterte Struktur der Mitglieder und Wählerschaft aus. Erleichtert die Entkoppelung von Parteien und politischen Milieus die politische Zusammenarbeit in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten, kann sie während der Rezession heikel werden. Die politische Mitte erodiert, und Erfolg haben ei-

gentlich nur jene Kräfte, die sich abgrenzen. In den Parteien flackern Tendenzen auf, die eine Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln fordern. Die breite Masse der organisatorisch und gefühlsmässig wenig gebundenen Bürgerschaft ihrerseits reagiert mehrheitlich mit Verwirrung und Überforderung, lässt sich bisher kaum neu einbinden, allenfalls noch punktuell ansprechen. Mobilisierungseffekte zeigen sich vorwiegend als Folge von Abwehrkampagnen, die neuerdings im Kampf gegen alles Etablierte einen populistischen Ausdruck finden.

Der zweite Ansatz zur Analyse der wachsenden politischen Mobilität der Bürgerschaft zielt ganz anders auf die allgemeinen Entwicklungen westlicher Industriegesellschaften in Richtung postmoderner Demokratien. Kennzeichnend hierfür sind ein Ansteigen des durchschnittlichen Bildungsniveaus, eine wachsende Individualisierung von Lebensläufen und die Pluralisierung der Lebensstile. Politik lässt sich in diesem Kontext immer weniger über Grossorganisationen alleine realisieren; ergänzend tritt die „kognitive“ Mobilisierung hinzu.

Einerseits durch die wachsenden politischen Fähigkeiten der Individuen und der Erweiterung von Handlungsweisen, die auch unkonventionelle Aktionen miteinschliessen, andererseits durch die steigende Informationsdichte durch die massenmediale Vermittlung von Politik nimmt die Notwendigkeit ab, Mitglied einer Partei oder eines Verbandes zu sein. Nicht selten sind jene genug oder gar besser informiert, die sich nicht über spezifische politische Veranstaltungen direkt, sondern über die breite Palette an Kommunikationsmitteln informieren. Politik erhält damit einen neuen Bewegungscharakter: Die Aktiven sind hier BürgerInnen mit hoher eigener politischer Kompetenz und entsprechen dem Typus eines/r informierten, cleveren SympathisantIn. An die Stelle der bedingungslosen Loyalität der Elitegelenkten Parteitruppen tritt eine an-

spruchsvolle Gruppe von BürgerInnen, die ein autonomes Interesse an der Politik haben und sich entweder für neue politische Bewegungen einsetzen, oder zur Übernahme bestehender Parteien bereitstehen. Fast unabhängig davon, ob dieser neue BürgerInnen-Typ parteigebunden oder ungebunden erscheint, ist er ein mobiler Teil der Gesellschaft, der partiell Elite-lenkend agiert. Am deutlichsten zeigt sich dieser Übergang in Teilen der jüngeren Generationen, die als Trägerschaft des neuen Verständnisses für Politik auftreten. Die Relativierung der Bedeutung parteibezogener Politik bzw. die steigende (partei)politische Mobilität wird aktuell verstärkt durch Tendenzen in den Medien, die teilweise Freund, teilweise Feind der neuen Entwicklungen sind. Zusehends bestimmen sie die vorherrschenden Themen, fahren sie hoch und lassen sie auch wieder verschwinden. Dabei übernehmen die Medien die Definitionsmacht in der politischen Öffentlichkeit, die teilautonom von Parteien ausgeübt wird und durch die Konkurrenz um Marktanteile bisweilen zur Beliebigkeit tendiert. So erlebte 1993 die Schweiz nach der ersten Nicht-Wahl von Christiane Brunner als Bundesrätin eine sehr unübliche Welle politischer Mobilität, die von Frauen initiiert wurde, Charakteristiken der bewegungsmässigen, massenmedial vermittelten politischen Mobilisierung trug und der Linken vorübergehend neue Unterstützung und Sympathien bescherte, während im Herbst des gleichen Jahres durch die boulevardmässige Lancierung und Behandlung der Diskussion zunächst über kriminelle Asylbewerber, dann aber generell zur inneren Sicherheit die materialistische Rechte klimamässig Oberhand gewann.

**Die politische
Mitte erodiert,
und Erfolg haben
eigentlich nur
jene Kräfte, die
sich abgrenzen**



(Bild: Esther van der Bie)

Denkbare Folgen der aktuellen Mobilität im Parteiensystem

Was sind die Folgen der mobiler gewordenen Wählerschaft? Vorerst einige Anmerkungen zu den Parteien: Die schwindende Verankerung in breiten und geschlossenen gesellschaftlich-politischen Milieus geht einher mit einem Rückgang der Stabilität von Parteien bei Wahlen. Nicht nur kleine, oppositionelle Parteien, auch die grossen Regierungsparteien sind gezwungen, sich von Mal zu Mal an neue WählerInnen zu wenden. Sie können sich nicht mehr alleine auf die Stammwählerschaft verlas-

sen, sondern müssen aktive Strategien zur Gewinnung von WechselwählerInnen entwickeln. Ihre Konzepte für Wahlkampagnen dürfen sich nicht auf die Zelebrierung umfassender Ideologien oder Weltanschauungen beschränken, und die Parteien können sich auch nicht mehr ausschliesslich an die bekannten Organisationen wenden. Vor allem dort, wo es um die Ansprache neuer WählerInnen geht, gewinnt heute nur noch, wer eine Öffnungsstrategie verfolgt, eine kohärente Politik entwickelt und politische Kampagnen durch ein Marketing verstärkt, das diesen Namen verdient. Wenn dies auch von Partei zu Partei variiert, so werden neue WählerInnen angesprochen durch überzeugende Persönlichkeiten als Vertretung der Partei in der Gemeinde und in den Massenmedien, durch klare Stellungnahmen zu aktuellen Themen, ja durch die Kreierung eigener Wahlkampfthemen und durch einen stilmässig auffälligen und einheitlichen Auftritt. Nur durch eine Mischung der alten Identifikationsansätze mit diesen drei neuen Aspekten gelingt es, die mobiler gewordene Wählerschaft oder wenigstens Teile davon anzusprechen, für eine Wahl zu gewinnen oder auch darüberhinaus einzubinden.

Schliesslich sei auch ein kleiner Ausblick auf das politische System gewagt. Die Konkordanz wird gegenwärtig nicht bewusst in Frage gestellt; dies könnte sich aber durch die Akzentuierung aktueller Entwicklungen ergeben: Setzen sich die momentanen Trends fort, wird es 1995 zuerst für die CVP ungemütlich, weil sie am weitesten weg von den geforderten 10 Prozent für je einen Bundesratsstz sein wird. Aber auch die bürgerlichen Parteien zusammen könnten im Nationalrat erstmals weniger als die Hälfte der Abgeordneten stellen. Hierbei lassen sich verschiedene Reaktionen denken: Erstens, für die Durchsetzung rechter Postulate wäre das bürgerliche Lager offen auf die Unterstützung durch rechte Nicht-Regierungsparteien angewiesen; ohne Zweifel würde dies

innerhalb der Parteien zu einer Gewichtsverlagerung hin zu den grundsätzlichen Kräften führen. Zweitens, namentlich bei einer fortdauernden politischen Polarisierung könnte sich die CVP gänzlich spalten, indem sich die CSP selbständig organisieren und sich dem rot-grünen Lager anschliessen würde. Angesichts der teilweise prekären Situation der Frauen innerhalb der CVP könnte dies zum Sprengstoff für die Volkspartei überhaupt werden. Denkbar wäre im Sinne eines worst cases auch, dass die CVP weitgehend auseinanderdriften würde und eine Neuorientierung des gesamten bürgerlichen Lagers notgedrungenemassen zur Aufkündigung der Konkordanz führen würde. Die dritte Variante stellt sich auf ein dauerhaft verändertes Elektorat in der Schweiz

ein, setzt aber angesichts des geringen realpolitischen Spielraums für grundsätzliche Alternativen auf die Fortsetzung der Konkordanz. Notwendig wäre eine drastische personelle Erneuerung der Regierungsparteien mit dem Ziel, die hauptsächlichsten Zukunftsprobleme gemeinsam und unter Absage an den Populismus verschiedenster Art anzugehen.

Claude Longchamp, 36jährig, Politikwissenschaftler, Mitglied der Geschäftsleitung des Cfs-Forschungsinstituts und Leiter der Berner Filiale, Mitglied des Parteivorstandes der SPS, beschäftigt sich seit 10 Jahren mit Fragen der politischen Soziologie der Schweiz.



(Bild: Esther van der Bie)